Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 187 (2021)

Heft: 5

Artikel: Eine Option für die Zukunft Afghanistans oder ein Affront?

Autor: Hübschen, Jürgen

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-917179

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eine Option für die Zukunft Afghanistans oder ein Affront?

Nach einem Bericht der New York Times vom 7. März 2021 hat der amerikanische Aussenminister Blinken dem afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani einen Brief geschrieben, in dem die aktuelle Lage bewertet wird und konkrete Vorschläge für die weitere Vorgehensweise zur Lösung der verfahrenen Situation gemacht werden. Der nachfolgende Beitrag stützt sich im Wesentlichen auf die Veröffentlichung der New York Times, beschreibt die massgeblichen Inhalte des Briefes und bewertet abschliessend die gemachten Aussagen.

Jürgen Hübschen

In einer offiziellen Pressemitteilung des amerikanischen State Departments vom 28. Februar 2021 heisst es: «Special Representative for Afghanistan Reconciliation Ambassador Khalilzad and his team will travel to Kabul, Doha, and additional regional capitals. He will resume discussions on the way ahead with the Islamic Republic and Afghan leaders, Taliban representatives, and regional countries whose interests are best served by the achievement of a just and durable political settlement and permanent and comprehensive ceasefire »

In Kabul überreichte Khalilzad dem afghanischen Präsidenten Ghani einen Brief des amerikanischen Aussenministers. Dies wurde durch die amerikanische und die afghanische Regierung offiziell bestätigt. Der Brief wurde zuerst von dem unabhängigen afghanischen Nachrichtenkanal TOLO veröffentlicht. In diesem Schreiben schlägt der amerikanische Aussenminister Blinken dem afghanischen Präsidenten Ghani eine von der UNO geleitete Friedenskonferenz in der Türkei vor, mit dem Ziel «forming an inclusive Afghan Government with the Taliban and establishing a three-month reduction in violence leading to a cease fire.» Diese Konferenz soll eine Ergänzung zu einem Treffen von Repräsentanten Chinas, Indiens, Irans, Pakistans, Russlands und der USA sein mit dem Ziel «to dicuss a unified approach to supporting peace in Afghhanistan».

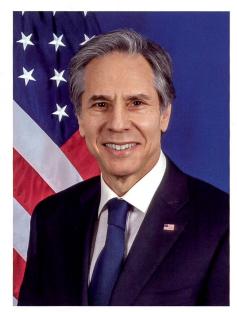
In seinem Brief, der offensichtlich in einer wenig diplomatischen Sprache abgefasst ist, bittet Blinken den afghanischen Präsidenten «to understand the urgency of my tone». Blinken weist darauf hin,

dass die USA noch nicht entschieden hätten, ob sie ihre noch in Afghanistan stationierten 2500 Soldaten zum 1. Mai 2021 abziehen würden, weil man in Washington befürchte, «the security situation will worsen and that the Taliban could make rapid territorial gains», falls die USTruppen abgezogen würden.

Eingangs heisst es in dem Schreiben des US-Aussenministers: «The document sets forth principles for governance, security, and rule of law and presents options for power sharing that could help the two sides reach a political settlement that ends the war.»

Blinkens wesentliche Vorschläge im Einzelnen:

- Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung einer Road Map zur Zukunft Afghanistans unter Beteiligung der Taliban;
- Überarbeitung der derzeitigen afghanischen Verfassung mit dem Ziel «for a permanent and comprehensive ceasefire»:
- Etablierung eines «transitional government of Aghanistan» als Voraussetzung für Neuwahlen;
- Schaffung eines «High Council for Islamic Jurisprudence» to advise an independent judiciary to resolve conflicts over the interpretation of Islamic law;
- Anerkennung des Islams als offizielle Religion Afghanistans und der «Islamic Values» für die Zukunft des Landes;
- Garantierte Rechte für Frauen und religiöse und ethnische Minderheiten;
- Schutz der Pressefreiheit;
- Zu diesen Vorschlägen schreibt Blinken dem afghanischen Präsidenten: «I urge you to strongly consider the proposal.»

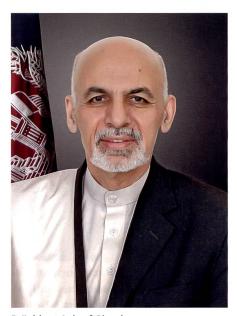


Antony Blinken, US-Aussenminister.
Bild: wikipedia

Ausser den konkreten Vorschlägen macht Blinken unmissverständliche Aussagen zu den beiden Verhandlungspartnern der seit einem Jahr stattfindenden, allerdings immer wieder unterbrochenen Friedensverhandlungen «to move matters more fundamentally and quickly toward a settlement and a permanent and comprehensive cease fire.» Die Taliban fordert Blinken auf, sich in Zukunft an die getroffenen Vereinbarungen zu halten und ausserdem «to remove their military structures and officers from neighboring countries.»

Bewertung

Das US-Aussenministerium lehnt eine detaillierte Stellungnahme zum Schreiben von Blinken ab und stellt lediglich fest: «All options remain on the table ... We have not made any decision about our force posture in Afghanistan after May 1.» Viel Zeit aber bleibt nicht mehr für diese Entscheidung, und deswegen hat Washington offensichtlich die Geduld mit den beiden Verhandlungspartnern verloren, die bei ihren Gesprächen nicht vorankommen. Das erklärt zwar den Brief des Aussenministers, aber es bleibt die Frage, ob er dadurch auch gerechtfertigt ist. Diese Frage bezieht sich nicht nur auf den ungewöhnlich harschen Ton des Schreibens und die Vorschläge im Einzelnen, sondern auch auf das gewählte Verfahren. Ansprechpartner des amerikanischen Aussenministers ist nach diploma-



Präsident Ashraf Ghani.Bild: Office of the President of Afghanistan

tischen Gepflogenheiten sein jeweiliger Counterpart und nicht der Präsident eines Landes. Dieser Stilbruch, so will ich es nennen, wird natürlich noch dadurch verschärft, dass die gemachten Vorschläge aufgrund der gewählten Diktion eher als Anweisung verstanden werden müssen, um den Begriff «Befehl» zu vermeiden. Deswegen darf man sich über die erste bekannt gewordene Reaktion der afghanischen Regierung nicht wundern, als der afghanische Vizepräsident Abdullah Saleh in einer ersten Stellungnahme erklärte, dass man das Bedürfnis nach Frieden habe, «aber keinen diktierten Frieden». Aus seiner Sicht ist das Schreiben offensichtlich keine Hilfe auf dem Weg zum Frieden, sondern eher ein Affront. Wie die Taliban den Brief Blinkens aufgenommen haben, ist noch offen, aber es

ist ja bekannt, dass die Taliban einige der in Blinkens Schreiben gemachten Vorschläge in der Vergangenheit immer abgelehnt haben.

US-Aussenminister Blinken hat sicherlich Recht, wenn er vorschlägt, dass die UNO eine Vermittlerrolle übernehmen muss und dass auch gemeinsame Gespräche zwischen Afghanistan und seinen Nachbarn unter zusätzlicher Beteiligung der USA und Russland dringend geboten sind. Er bleibt aber im Allgemeinen, wer dazu die erforderlichen Initiativen ergreifen soll. Ist es die afghanische Regierung oder wollen die USA diesbezüglich das Heft des Handelns in die Hand nehmen?

Fest steht, dass die afghanische Regierung und die Taliban nicht in der Lage sind, vielleicht auch gar nicht willens, sich mit den Vorschlägen zu beschäftigen, geschweige denn diese umzusetzen oder gar bis zum 1. Mai eine Übergangsregierung zu etablieren. Präsident Ghani hat bislang eine solche Regierung immer abgelehnt, weil sie das Ende seiner Amtszeit bedeuten würde.

Wenn es überhaupt noch eine Chance für den Friedensprozess und damit – zumindest theoretisch – auch für einen Abzug der US-Truppen geben soll, dann müssen die USA die UNO als Mediator gewinnen und selbst zu dem angesprochenen Treffen der afghanischen Regierung mit ihren Nachbarstaaten und Indien und Russland einladen.

Sollte sich Washington diesbezüglich nicht in der Pflicht sehen, wäre dieser Brief, abgesehen von den Stilfragen, lediglich der untaugliche Versuch, der afghanischen Regierung den Schwarzen Peter für eine Situation in die Schuhe zu schieben, die Amerika ganz wesentlich mitzuverantworten hat. Es kann sogar nicht ausgeschlossen werden, dass die USA dieses Schreiben als Begründung für ihre Entscheidung sozusagen missbrauchen, um Ihre Truppen entgegen der mit den Taliban getroffenen Vereinbarung über den 1. Mai 2021 am Hindukusch zu belassen oder aber die Soldaten getreu dem Motto «nach uns die Sintflut» zum 1. Mai 2021 aus Afghanistan abzuziehen.



Oberst i Gst aD Jürgen Hübschen Beratung für Friedenssicherung und Sicherheitskonzepte D-48268 Greven

2 Räder. 1 Schaden. D O Problem.

«Ich habe mir ein Motorrad gekauft. Welche Versicherung benötige ich für mein neues Hobby?»

Wer ein eigenes Motorrad fährt, braucht eine obligatorische Haftpflichtversicherung für Motorfahrzeuge, die Personen- und Sachschäden gegenüber Dritten abdeckt. Die Teilkaskoversicherung deckt Feuer- und Elementarschäden, Diebstahl, mutwillige Beschädigung oder Tierschäden ab. Bei Vollkasko übernimmt die Versicherung auch selbst verursachte Schäden. Dies ist empfehlenswert bei Neufahrzeugen bis zu einem Alter von fünf Jahren.

«Einfach Unfall, Bonusschutz und Ausrüstung mitversichern.»

Ihre Versicherung können Sie mit zusätzlichen Bausteinen beliebig erweitern. Eine Unfallversicherung gilt auch für einen allfälligen Mitfahrer oder eine Mitfahrerin. Ebenfalls der Zusatz für Motorrad-Schutzkleidung bei Diebstahl oder Beschädigung von Kombi, Helm, Stiefeln oder Handschuhen. Empfehlenswert ist eine Assistance-Versicherung für Pannenhilfe, Abschleppdienst und Verkehrsrechtsschutz sowie der Einschluss «Bonusschutz». Damit bleibt Ihre Bonusstufe beim ersten Schadenfall im Jahr erhalten. Und noch ein Tipp: Lassen Sie Ihr Motorrad das ganze Jahr eingelöst, belohnt dies Helvetia mit einer Prämienreduktion.



Sascha Vollenweider Generalagent Generalgentur Zürich



Informationen zur Motorradversicherung helvetia.ch/motorrad